

Im Kern grün und im Herzen liberal – die Partei der Zukunft?

Für eine grüne Wirtschaft und eine liberale Gesellschaft: Während die Links- und Rechtsparteien stärker polarisieren, formiert sich in der Mitte eine neue Kraft. Noch 2016 soll die **offizielle Gründung der Jungen Grünliberalen** erfolgen.

► LEA BÄRTSCH

D

Das «Grün» steht vor dem «Liberal». Ein entscheidendes Merkmal in der Namensgebung der Grünliberalen Partei (GLP), wie Salome Mathys, Co-Präsidentin der Jungen GLP Schweiz und Präsidentin der Bündner Sektion, meint. «Wir möchten zeigen, dass man auch die Wirtschaft 'grün' angehen kann. Denn langfristig werden so am meisten Arbeitsplätze generiert.» Das «Liberal» beschränke sich nicht, wie viele Bürger fälschlicherweise annahmen, nur auf die Wirtschaft. Die GLP wende den Begriff auch auf die Gesellschaft an, erklärt Mathys. So setze sich die GLP beispielsweise für eine moderne Familienpolitik, Ehe für alle oder die Cannabis-Legalisierung ein.

Mit diesen breiter gefassten Programmpunkten sollen speziell die Wählerinnen und Wähler angesprochen werden, die genug hätten von den Links-rechts-Extremen. «Ich hatte lange auch gedacht, dass es keine Partei für mich gibt, bis ich mich vertieft mit der GLP auseinand-



dersetzte», erzählt die junge Bernerin, seit 2014 aktiv in der Partei dabei. Sie ist überzeugt: «Viele Stimmberechtigte sind GLP-Wähler, ohne dass sie es wissen.»

«Die Jungen wählen uns»

Bei den letzten Nationalratswahlen im Herbst 2015 ist es den Grünliberalen trotz eines «beherzten Wahlkampfes», wie Mathys sagt, nicht gelungen, den Sitz von Nationalrat Josias Gasser zu halten. Doch sie zeigt sich zuversichtlich: In den Kantonen Luzern und Zürich etwa sei die Junge GLP die stärkste Jung-



Salome Mathys hat vor rund zwei Monaten das Präsidium der Jungen-Grünliberalen-Partei Graubünden übernommen. Die rund 20 Mitglieder der Jungpartei wollen nun so richtig durchstarten und Gas geben. (FOTO MARCO HARTMANN)

partei gewesen, und das, obwohl sie mit ihren 500 Mitgliedern gesamtschweizerisch betrachtet «eine sehr kleine Gruppe» sei.

Mathys selbst trat in Bern als Kandidatin für ihre Partei an und durfte sich über das viertbeste Resultat aller Jungparteilisten freuen. Schmunzelnd meint sie: «Daran sieht man, dass die jungen Leute uns wählen. Wir sind die Partei der Zukunft.» Bleibt man jedoch innerhalb der Kantonsgrenzen, gibt es noch viel zu tun. Mathys übernahm das Präsidium von ihrem Vorgänger Peter Simon Caplazi erst vor gut zwei Monaten. Sie müsse sich also noch einfinden, doch die rund 20 Mitglieder seien dabei, in Graubünden «richtig Gas zu geben». Grosse Pläne hätten sie für die kommenden Gemeinderatswahlen in verschiedenen Orten, so auch in Chur. Mit ihrem Wahlkampf wolle die Junge GLP vor allem die jüngeren Wähler «abholen». «Bei den älteren Personen ist es für uns Junge etwas schwieriger, denn diese haben ihre Meinungen oftmals schon gebildet, obwohl sie unzufrieden sind mit der aktuellen Politik.»

Gerade bei den Vorbereitungen der Wahlkämpfe arbeite die Junge

GLP sehr eng mit ihrer Mutterpartei zusammen, so Mathys. Aber auch sonst pflegten die jungen Mitglieder einen engen Kontakt zu den älteren Generationen. Das sei zum einen darauf zurückzuführen, dass die Grünliberale Partei selbst noch nicht sehr alt sei und zum andern, dass es die Junge GLP «offiziell gar noch nicht gibt», weder auf nationaler noch auf kantonaler Ebene, erklärt Mathys. «Momentan sind wir immer noch ein Netzwerk, werden von den Medien aber bereits als Partei wahrgenommen.» Die offizielle Gründung dürfe noch im laufenden Jahr erwartet werden. Den genauen Termin verrät Mathys aber nicht. Gemäss ihrer Präsidentin ist das Bündner Jung-GLP-Netzwerk 2011 aus der Grünliberalen Partei Schweiz hervorgegangen. «Partei-genossen machten sich auf die Suche nach Gleichgesinnten im Kanton, die bereit waren, sich hier für die Junge GLP einzusetzen», erklärt Mathys.

Eigenständigkeit soll her

Die Jungen Grünliberalen wollen sich in Zukunft durch eigene Aktionen verstärkt von ihrer Mutterpartei abgrenzen. So beispielsweise

setzt sich die Junge GLP klar für das Referendum zum Bundesgesetz betreffend der Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs ein, über welches das Schweizer Parlament in der laufenden Frühlingssession debattiert (siehe Schweiz-Seite 19 in der heutigen Ausgabe). Die Mutterpartei hingegen spreche sich voraussichtlich dagegen aus, meint Mathys.

Mut zu Neuem

Bis anhin operierte die Jungpartei eher auf den sozialen Netzwerken. Provokante Aktionen, wie sie etwa von den Jungsozialisten bekannt sind, bekam man von der GLP nicht zu sehen. Das sei auch nicht ihr Stil, erklärt Mathys. Sie bezweifelt, dass ihre Wählerinnen und Wähler gut darauf zu sprechen wären. «Vielleicht sollten wir aber trotzdem mal etwas Neues wagen.» Davor gelte es jedoch, die Jungpartei erst mal offiziell ins Leben zu rufen.

Das «Bündner Tagblatt» stellt in der Serie «Jung und frech» in loser Folge die Bündner Jungparteien vor. Bereits im BT erschienen ist das Porträt der Jungen Sozialdemokraten (Juso) am 4. März 2016.

Betreuungsplatz nicht vom Job abhängig machen

TAGESSTRUKTUREN Die Regierung lehnt einen Auftrag von Grossrat Beath Nay (SVP, Chur) zur weiteren Reglementierung von Tagesstrukturen durch Schulträgerschaften ab. Laut dem Vorstoss von Nay soll das Schulgesetz dahingehend geändert werden, dass eine Berufstätigkeit Grundvoraussetzung für die Bereitstellungspflicht von Tagesstrukturen durch die Schulträgerschaft ist und das Betreuungsspensum sich nach dem Arbeitspensum der Erziehungsberechtigten zu richten hat. Da die Berufstätigkeit heute nicht Bedingung für die Bereitstellung eines Betreuungsplatzes sei, würde die Absicht der Vereinbarkeit von «Familie und Beruf» in die Förderung von «Familie und mehr Freizeit ohne Kinder» verkehrt. Die Regierung kann laut ihrer gestern publizierten Antwort auf den Vorstoss nicht ausschliessen, dass einzelne Erziehungsberechtigte, welche nicht oder nur teilweise berufstätig sind, sich durch die Betreuungsangebote mehr «Freizeit ohne Kinder» verschaffen. Aufgrund der geografischen Situation in Graubünden und aufgrund der Verteilung der Kosten zwischen den Erziehungsberechtigten, Schulträgerschaften und dem Kanton könne jedoch davon ausgegangen werden, dass es sich dabei «nur um wenige Einzelfälle in einzelnen Schulträgerschaften handelt». (BT)

Regierung will keine Gastro-Prüfung

GROSSER RAT Nachprüfbare Grundkenntnisse in den Bereichen Lebensmittelhygiene, Arbeitssicherheit, Sozialversicherungs-, Arbeits- und Mehrwertsteuerrecht: Das fordert der Churer CVP-Grossrat Franz Sepp Caluori in einem Auftrag an die Regierung. Doch diese will von der Wiedereinführung des Wirtepatents – auf die der Auftrag hinausläuft – nichts wissen: Sie beantragt den von fast 80 Parlamentariern unterschriebenen Auftrag nicht zu überweisen, wie die Standeskanzlei gestern mitteilte. Die Begründung der Regierung fusst auf mehreren Pfeilern. 1997 schaffte der Grosse Rat das Wirtepatent ab und sprach sich zehn Jahre später auch gegen eine Neueinführung aus. Von einer negativen Entwicklung in der Bündner Gastronomie seit der Aufhebung des Wirtepatents könne nicht gesprochen werden, so die Regierung weiter. Auch erlauben die bestehenden Vorgaben des Lebensmittelrechts Sofortmassnahmen bei «gefährlichen Situationen». Überdies gelten für alle Unternehmen die selben Regeln in Sachen Arbeits- oder Steuerrecht, eine gesetzliche Anforderung diesbezüglich würde eine im Vergleich zu anderen Branchen unnötige Regulierung darstellen. Abschliessend rät die Regierung von der «Wiedereinführung einer Regulierung mit fraglicher Wirkung» ab. (JUL)



Wirtepatent Ja oder Nein? Grossrat und Gastro-Graubünden-Präsident **Franz Sepp Caluori**. (OI)

S O M E D I A

Blocher zu Besuch im Medienhaus



Der frühere Bundesrat und ehemalige Ems-Chef **Christoph Blocher** (rechts im Bild) hat gestern in Begleitung von Verleger und Samedia-Verwaltungsratspräsident **Hanspeter Lebrument** das Medienhaus in Chur besucht. Auf seinem Rundgang machte Blocher auch **halt auf der Redaktion des «Bündner Tagblatts»**. Die Geschichte der Zeitung ist ein Stück weit auch mit seinem prominenten Namen verbunden: 1986 hatte der damalige Zürcher SVP-Nationalrat und Konzernchef der Ems-Chemie Holding die Aktienmehrheit an der Zeitung übernommen. 1996 wurde das «Bündner Tagblatt» in die Gasser Media AG, heute Samedia Publishing AG, integriert. Noch immer sind die beiden Zeitungstitel «Bündner Tagblatt» und «Südostschweiz» redaktionell unabhängig. Blocher **lobte bei seinem Besuch in Chur denn auch die Pressevielfalt**, zu der das «Tagblatt» seinen Beitrag leiste. (BT/FOTO MARCO HARTMANN)

Familie und Beruf: Kein kantonales Förderpaket

FACHKRÄFTE Die Bündner Regierung anerkennt die Bedeutung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, auf die Ausarbeitung eines separaten kantonalen Massnahmenpakets in Ergänzung zum Bund will sie hingegen verzichten. Sie spricht sich für punktuelle Verbesserungen aus und lehnt einen Auftrag von Grossrats-Stellvertreter Patrik Degiacomi (SP, Chur) ab, wie die Standeskanzlei gestern mitteilte. Degiacomi möchte die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Kanton «griffig» fördern, «so dass Graubünden im interkantonalen Vergleich diesbezüglich über herausragende Bedingungen verfügt». Das Regierungsprogramm 2017 bis 2020 enthält einen Entwicklungsschwerpunkt, um die Angebotssubventionierung im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung zu prüfen und für den Zeitpunkt des allfälligen Wegfalls von Bundessubventionen ab 2019 Handlungsoptionen zu definieren. Angesichts der beschränkt zur Verfügung stehenden kantonalen Mittel soll deren Einsatz fokussiert auf einen weiteren Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung erfolgen. (BT)